

Die rechte Mobilisierung – eine Gefahr für die Demokratie?

Dierk Borstel

Geschichte wiederholt sich nicht und dennoch gibt es Wiedererkennungseffekte. Anfang der 90er Jahre warnten besorgte Beobachter vor einem Kippen der Republik nach rechts. Sie beobachteten mit Sorge den massiven Anstieg rechtsextremer Gewalttaten, die bis heute mit Ortsnamen wie Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen im Osten oder Solingen und Mölln im Westen verbunden sind. Damals reagierte die Zivilgesellschaft mit großartigen Lichterketten und sendete eindrucksvolle Signale zur Unterstützung einer liberalen und modernen Gesellschaft.

Heute ähnelt die Situation in einigen Bereichen. Wieder klagen Kommunen – oft völlig zu Recht – über ihre Schwierigkeiten bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Wieder mobilisieren die Gegner dieser Einwanderung die Straße. Sie wählen jedoch auch entsprechende Parteien. Über eintausend Anschläge auf Flüchtlingsheime im Jahr 2015 zeigen die ungebrochene Gewaltbereitschaft jener, denen Worte, Wahlen und Protest zu wenig erscheinen und die sich selbst zum offe-

nen Widerstand gegen das herrschende System berufen fühlen. Hinzu kommen europäische Trends der Nationalisierung und des offenen Demokratieabbaus u.a. in Polen und Ungarn sowie der Aufschwung und die Normalisierung offen rechtspopulistischer Parteien wie z.B. des Front National in Frankreich oder der Freiheitlichen Partei in Österreich.

In Deutschland ist dabei ein doppelter Prozess der rechten Mobilisierung zu erkennen. Er umfasst nicht nur das offen rechtsextreme Lager, sondern betrifft in einem noch viel stärkeren Masse Teile der gesellschaftlichen Mitte und ist Ausdruck einer bestehenden Demokratiekrise. Dieser Beitrag versucht in Thesenform, diese Zusammenhänge nachzuzeichnen und klärt dabei über die einzelnen Facetten des unübersichtlichen Fleckentepichs an der Schnittstelle zwischen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und dem demokratiekompatiblen rechten Lager der Demokratie auf. Daraus ergeben sich für die Verteidigung und die Weiterentwicklung demokratischer Positionen Handlungsoptionen, mit de-



Professor Dr. Dierk Borstel

Professor für praxisorientierte Politikwissenschaften, Dortmund

nen der Beitrag schließt. Zu Beginn sind jedoch einige theoretische Klarstellungen zum Verständnis des Textes unerlässlich.

1. Begriffliche Klarstellungen

In der Wissenschaft wie auch in der politischen Öffentlichkeit gehen Begriffe munter durcheinander, und es besteht kein Einverständnis über zentrale Definitionen. Die Debatte soll hier auch nicht nachgezeichnet werden. Nötig ist jedoch eine Klarstellung der eigenen Verständnisweisen.

Rechtsextremismus wird im Sinne des Konfliktforschers Heitmeyer als eine Ideologie der Ungleichwertigkeit in Verbindung mit der Akzeptanz von Gewalt als notwendigem Mittel der Politik verstanden (vgl. Heitmeyer 1992: 13-14). Die rechtsextreme Ideologie zeichnet sich dabei durch eine Mixtur rassistischer, antisemitischer und nationalistischer Merkmale aus. Rechtsextremisten sehen sich im Widerstand gegen liberale Werte der Moderne und wollen ethnisch homogene, in sich autoritär strukturierte Nationalstaaten errichten. Viele, aber nicht alle Rechtsextremisten beziehen sich auch positiv auf den historischen Nationalsozialismus oder die faschistischen Systeme der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts u.a. in Ungarn, Italien und Spanien.

Im Gegensatz zum Rechtsextremismus ist *Rechtspopulismus* nicht per se demokratiefeindlich (vgl. Decker 2004: 21-38). Der Begriff bezeichnet Parteien und Bewegungen, die eine Auswahl folgender Kriterien erfüllen:

- Ressentimentsgeladene Ablehnung diverser gesellschaftlicher Minderheiten wie Homosexuelle
- Islamfeindliche Einstellungen und Propaganda
- Kritik der bestehenden Demokratie und ihrer Vertreter im Namen des vermeintlichen „kleinen Mannes auf der Straße“
- Führerorientierte Strukturen
- Einsatz gezielter rhetorischer Provokationen, um mit einem Minimum an Aufwand ein Maximum an Aufmerksamkeit zu bekommen
- Kritik am demokratischen System und dessen Funktionieren, aber keine Aufforderung zu seiner grundsätzlicher Beseitigung

- Idee eines Europas ethnisch weitgehend homogener Nationalstaaten und damit verbunden eine faktische Auflösung der europäischen Integrationsidee

Rechtspopulismus gibt es dabei mit verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten.

Ein dritter zentraler Begriff ist der der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* (GMF). Forscher der Universität Bielefeld fragen seit über zehn Jahren nach Ungleichwertigkeitsvorstellungen auch jenseits des Rechtsextremismus (vgl. Heitmeyer 2002, 2012). Damit ist ein gesellschaftliches Syndrom in der Mitte der Gesellschaft gemeint, das sich durch verschiedene Formen der Ablehnung gesellschaftlicher Minderheiten auszeichnet. Teilelemente des Syndroms sind z.B. alltagsrassistische Vorstellungen, Sexismus oder die Verachtung von Sinti und Roma, von Flüchtlingen aber auch die Abwertung z.B. von Langzeitarbeitslosen. Nur eine kleine Minderheit derjenigen, die die Einstellungen des Syndroms teilen, akzeptieren Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele und die überwiegende Mehrheit sieht sich selbst als „Mitte“ der Gesellschaft, wählt oft die bisherigen Volksparteien und lehnt trotz der ideologischen Schnittstellen offenen Rechtsextremismus vor allem mit Sympathien für den Nationalsozialismus ab.

2. Die aktuelle gesellschaftliche Situation und ihre Bedeutung für die Demokratieentwicklung

Der Aufschwung der „Alternative für Deutschland“ und die Mobilisierung der „PEGIDA“-Bewegung in Dresden werden oft fälschlicherweise ursächlich mit der aktuellen Flüchtlingsdebatte erklärt. Tatsächlich liegen die Gründe für deren Entwicklung tiefer, und die Flüchtlingsdebatte ist ein mobilisierender Auslöser.

Mehrere Faktoren spielen dabei eine bedeutende Rolle:

a) Gesellschaftliche Spaltung und Desintegrationserscheinungen

Im Gegensatz zum Selbstbild vieler politischer und wissenschaftlicher Eliten ist in Deutsch-

land die Gesellschaft tief gespalten (vgl. Wehler 2013). Der Aufstieg durch Bildung ist zwar formal möglich, wird individuell auch immer noch bewältigt und hat sich in den 60er und 70er Jahren auch bewährt. Dieser soziale Fahrstuhl hat jedoch seine gesamtgesellschaftliche Wirkungskraft größtenteils verloren. Armut wird heute vererbt und ist mit Bildungsproblemen unmittelbar verbunden (vgl. Butterwegge 2012). Daraus folgen Familienkarrieren der sozialen Stagnation in unteren sozialen Schichten der Gesellschaft (vgl. Butterwegge 2015). Vom Aufstiegsversprechen vieler Demokraten erwarten diese Familienmitglieder schon lange nichts mehr. Sie haben sich aus der Teilhabe und damit aus dem demokratischen System weitestgehend verabschiedet, ohne dadurch zu Rechtsextremisten zu werden. Es dominiert Resignation über und nicht der Widerstand gegen das System.

Für die Demokratie ist dieser Zustand mehrfach bedeutend. Einerseits zeigt er die fehlende Repräsentanz der gesamten Gesellschaft im demokratischen System. Er führt jedoch auch zu Ängsten – besonders in der unteren Mittelschicht. Diese setzt sich bewusst von den unteren Schichten ab und fürchtet dennoch den sozialen Abstieg. Von demokratischen Parteien erwarten diese Menschen vor allem Milieuschutz (vgl. Walter 2010: 187ff). Wird dieser nach ihrem Verständnis versagt, entwickeln sich hier schnell Unterstützungspotentiale besonders für rechtspopulistische Angebote sowie Protestparteien (vgl. Heitmeyer 2001).

Das gesellschaftliche Potential für rechtspopulistische Bewegungen und Parteien ist dabei nicht neu entstanden. Die bereits erwähnten Bielefelder Untersuchungen zeigen, dass seit Jahren knapp 10% der Bevölkerung für entsprechende Ideen anfällig sind (Klein/Heitmeyer 2012). Hinzu kommen, mit einem Schwerpunkt in Ostdeutschland, verfestigte völkische Ordnungsvorstellungen, vor denen Beobachter wie Bernd Wagner schon vor über fünfzehn Jahren warnten (vgl. Wagner 1998). Auch die Zahlen zur GMF waren über ein Jahrzehnt trotz kurzer Anstiege in Krisenzeiten in sich vor allem stabil.

b) Abgehängte Regionen und Stadtviertel

Das Problem sozialer Desintegration zeigt sich brennpunktartig in abgehängten Regionen und Stadtvierteln. Im Osten stellt besonders der

periphere ländliche Raum ein Demokratieproblem dar, im Westen dominieren soziale Brennpunkte in ausgesuchten Stadtteilen.

Im ländlichen Raum Ostdeutschlands wurde eine Revolution parallel zur Wende bisher kaum beobachtet. Besonders im Nordosten dominierte über Jahrhunderte in den Dörfern die Landwirtschaft das soziale und kulturelle Leben. Trotz Bodenreform in der DDR drehte sich das soziale Leben um die Landwirtschaft. Sie gab den Dörfern Integration und Sinnstiftung. Mit der Wende 89/90 transformierten sich die früheren landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in hochmoderne und auf den Weltmarkt ausgerichtete Agrarfabriken. Verbunden war damit nicht nur eine Aufgabe tausender Arbeitsplätze, sondern vor allem auch der Wegfall der traditionellen Sinnstiftung durch die Landwirtschaft als Mittelpunkt des Lebens. Das demokratische System erfasste zwar diese Dörfer, konnte aber keinen neuen Sinn stiften und gebar so gar nicht erst große Unterstützung in der Bevölkerung (vgl. exemplarisch Borstel 2011). Diese Demokratieschwäche fiel in Teilen mit dem Wegfall möglicher demokratiefördernder Institutionen wie z.B. Schulen, die dort geschlossen wurden, zusammen. Hinzu kam der Wegzug junger, besser qualifizierter junger Menschen verbunden mit dem demographischen Wandel in diesen Regionen. In einigen Regionen nutzten Rechtsextremisten diese Freiräume und spielten sich als „Kümmerer“ der Verbliebenen auf. Hier bauten sie ihre Hochburgen auf und entwickelten feste rechtsextreme Strukturen mit kommunaler Verankerung (vgl. Borstel 2007).

In den westdeutschen städtischen Brennpunkten wurden städtebauliche Freiräume zumeist mit dem Zuzug von Migranten gefüllt. Auffällig sind vor allem die Wandlungen früherer Arbeiterquartiere und damit ursprünglicher Bastionen der Sozialdemokratie. Walter erklärt diese Prozesse mit dem Erfolg der Ideen der sozialen Demokratie zu Beginn der 70er Jahre (vgl. Walter 2013). Dem bildungswilligen Teil der Facharbeiterschaft wurde nunmehr ein Bildungsaufstieg durch die Öffnung der Gymnasien, Hochschulen sowie die Einführung des Bafögs ermöglicht. Gleichzeitig wandelten sich die Arbeitsprozesse. Einfache Tätigkeiten in der produzierenden Industrie wurden massiv abgebaut. Dies führte zu einem Auseinanderdriften innerhalb der

arbeitenden Milieus. Die bildungswilligen Facharbeiter stiegen auf und konnten die neuen Anforderungen der veränderten Arbeitsprozesse erfüllen oder in andere Bereiche, vor allem in den öffentlichen Dienst wechseln. Damit verbunden war zumeist ein Wegzug aus den beengten Verhältnissen in den Arbeiterstadtteilen hin zu den Neubaugebieten an den Stadträndern oder in die früher unerreichbaren Mittelschichtwohnungen. Die verbliebenen Arbeiter erlebten einen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig verloren sie mit dem Wegzug der Aufsteiger ihre politischen und sozialen Organisatoren. Die Zivilgesellschaft der bisherigen Arbeiterkultur fiel in sich zusammen, ohne sofort durch Neues ersetzt zu werden. Dies geschah erst später durch migrantisch geprägte Organisationen neu. Die Repräsentanz im politischen System wurde ebenfalls schwächer. Gleichzeitig zogen in viele dieser Stadtteile Menschen aus anderen Ländern und veränderten diese auch äußerlich völlig. Sie wurden Labore einer neuen, migrantisch geprägten Vielfalt. Durch die fehlende Integrationspolitik – die schlichte Verweigerung, Einwanderungsland zu sein – bis ins Jahr 2000 hinein, wurde diese Veränderung politisch und sozial viel zu wenig begleitet und wurden unvermeidbare Probleme und Konflikte geleugnet. Dies führte zur Resignation und Entfremdung der verbliebenen Wähler. Die Zugezogenen wurden per definitionem von der politischen Teilhabe ausgesperrt, und die Verbliebenen zogen sich aus politischen Prozessen zurück, was sich z.B. in sinkenden Wahlbeteiligungen zeigte. Punktuell konnten Rechtspopulisten diese Milieus politisch reaktivieren, indem sich ihre Sprecher als vermeintliche Stimme dieser Stadtteile präsentierten.

c) Repräsentationskrise der Volksparteien

Parallel dazu veränderten sich tragende Stützen des demokratischen Systems. Dies trifft in besonderer Weise auf die Volksparteien Union und SPD zu. In ihren Hochzeiten erreichten sie zusammen über 90% der Stimmen bei Wahlen. Auf Landesebene reicht es heute in einzelnen Bundesländern zusammen nicht einmal mehr zur Bildung einer „großen“ Koalition.

Die Ausdifferenzierung und Individualisierung der Gesellschaft erschwert die Idee einer catch all-Partei im ursprünglichen Sinne. Hinzu kommen jedoch auch hausgemachte

Probleme z.B. die fehlende Öffnung der Parteien für Seiteneinsteiger (vgl. Leif 2010). Politische Karrieren beginnen heute zumeist im Jugendalter mit dem Engagement in den jeweiligen Jugendorganisationen. Hier wird der politische Nachwuchs in Sitzungsverhalten, Mehrheitsbeschaffung, Netzwerken und Geschäftsordnungsdebatten geschult. Dieses Wissen ist für den politischen Aufstieg und den sogenannten „Stallgeruch“ unerlässlich. Oft unbemerkt hat sich dieses System jedoch kommunikativ und sozial verselbständigt. Die Anbindung an das gesellschaftliche Leben jenseits der Parteien und ihrer unmittelbaren Umfelder geht leicht verloren (vgl. Lorenz/Micus 2013). – Eine Parteimitgliedschaft ohne Karrieregedanken im Hinterkopf ist heute kein gesellschaftliches Muss. Besonders junge Menschen engagieren sich zwar immer noch gerne politisch – in den seltensten Fällen jedoch in Parteien (vgl. Betz u.a. 2010). Sie agieren flexibler, sind auch in ihrem Wahlverhalten weniger traditionell gebunden und wechselbereiter als die ältere Generation. Dies ermöglicht schnelle Veränderungen bei Wahlen. Auffallend ist aber vor allem die abnehmende gesellschaftliche Bindekraft, für die die Volksparteien noch vor dreißig Jahren standen.

d) Kontrollverlust des Staates? Eine Urangst aller Konservativen und Gegner der Moderne

Erst an vierter Stelle kommt nun die Flüchtlingsdebatte ins Spiel. Die zunächst vermeintlich und dann tatsächlich einsetzende Zuwanderung trifft auf ein geschwächtes demokratisches System. Zuwanderung bedeutet immer Wandel und Veränderung, und das konkret vor Ort. Damit löst sie Ängste bei den Verunsicherten genauso aus wie sie den Hass der bereits Gegnerischen verstärkt. Derzeit agieren beide Gruppen gleichzeitig. Die Gegner fühlen sich durch die Unterstützung der Ängstlichen bestärkt und meinen, in deren Sinne zu handeln. Die Ängstlichen wiederum nehmen mangels Alternative die Argumentations- und Interpretationsideen der Gegner auf und verlieren so frühere Distanzen. Sie radikalisieren sich ebenso wie die Gegner und das kennzeichnet die doppelte Mobilisierung in der Mitte und am rechten Rand der Gesellschaft.

Den Volksparteien gelingt es dabei zu wenig, die Ängstlichen zu erreichen und sie wieder in demokratische Prozesse zu integrieren.

Hier zeigen sich die Sprach- und Repräsentationslücken, entstanden durch die Prozesse der sozialen Spaltung, der Desintegration, der Entstehung abgehängter Regionen und sozialer Brennpunkte in den Städten. Hinzu kommen jetzt der zwischenzeitliche Zusammenbruch des europäischen Asylsystems und die offensichtliche Überforderung des Staates, kontrollierte Zuwanderung zu ermöglichen und zu steuern. Die Stärke der rechtsextremen und rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien ist somit erklärbar als Schwäche ihrer demokratischen Gegenseite.

Deutlich wird dies in der Analyse der Einzelphänomene.

3. Der rechtsextreme und rechtspopulistische Flickenteppich der Gegenwart

Von einer einheitlichen rechtsextremen oder rechtspopulistischen Bewegung kann heute keine Rede sein. Es ist vielmehr ein regional ausdifferenzierter Flickenteppich von Einzelphänomenen, die jedoch in einer Gesamtschau zusammenzubringen sind. Die folgenden Thesen sollen bei der Erstellung des Bildes helfen:

These 1: Die rechte Mobilisierung der Mitte oder die Etablierung des Rechtspopulismus

Deutschland blieb jahrelang von der Etablierung einer dauerhaft erfolgreichen rechtspopulistischen Partei verschont, deren Gattung in weiten Teilen Europas längst Normalität ist. Dies als eine nachholende europäische Normalisierung zu interpretieren, liegt zwar nahe, verharmlost aber, da es die tiefer liegenden Probleme der Demokratie, wie sie oben nur skizziert wurden, zu wenig beachtet.

Vor allem Beobachter des Rechtsextremismus in Ostdeutschland haben schon sehr früh auf völkische Traditionen und Mobilisierungsansätze hingewiesen (vgl. z.B. Wagner 1998). Diese konnten jedoch politisch nicht mobilisiert werden, und ihre Vertreter blieben entweder der Wahlurne fern oder wählten zumeist eine Volkspartei oder die „Linke“ bzw. früher PDS. In drei Stufen veränderte sich das:

Den ersten Tabubruch gab es mit dem Erfolg des Buches „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin. Der Kauf des Buches und

noch mehr der Besuch einer Lesung gerieten zur Demonstration. rassistische Formulierungen waren im Salon wieder en vogue.

Die nächste Stufe war der Erfolg der PEGIDA-Demonstrationen in Dresden. Hier versammelten sich vor allem diejenigen, die sich von der Demokratie, so wie sie in Deutschland existiert, nicht mehr viel versprochen, die Angst vor den Folgen jeder Einwanderung und damit Veränderung des *völkischen Heimatgefühls* hatten und dennoch keine „Nazis“ sein wollten (vgl. Vorländer/Herold/Schäller 2016). Zwar scheiterte mit wenigen Ausnahmen die Ausweitung der Demonstrationen zu relevanten Größen und in andere Städte. Dresden war dennoch ein Symbol: Der Salon wurde verlassen, offener Rassismus auf der Straße war kein Privileg der offensichtlichen Rechtsextremisten mehr sondern sozialverträglich in der Nachbarschaft.

Parallel dazu wandelte sich die „Alternative für Deutschland“. Sie konnte 2016 die PEGIDA-Stimmungen in Wählerstimmen auf Landesebene umwandeln. Dazu musste sie sich deutlich radikalisieren. Gestartet als Projekt liberal-konservativer, euroskeptischer Wirtschaftswissenschaftler ist die AfD heute eine Partei mit drei Flügeln. Der liberale Flügel der Gründerzeit hat an Einfluss verloren, ist aber noch existent. Hinzu kommt ein rechtskonservativer Flügel, der sich von der Merkel-Union entfremdet hat und ein neues Projekt suchte. Zunehmend an Stärke gewinnt jedoch vor allem der offen rechtspopulistische Flügel der Partei. Er profitiert dabei von den Debatten zur Flüchtlingspolitik und dem Image der anderen beiden Strömungen (vgl. Häusler 2016). Der AfD gelingt es durch diesen inneren Dreiklang, den Vorwurf des offenen Rechtsextremismus zu entkräften und auf diese Weise viele bisherige Nichtwähler anzusprechen und von der real existierenden Demokratie Enttäuschte. Dies ist eine deutliche Mobilisierung in der Mitte der Gesellschaft.

These 2: Die Mobilisierung am rechten Rand oder ein neuer Alltagsterrorismus

Parallel zum Aufblühen des Rechtspopulismus zeigte sich auch der offen gewalttätige Rechtsextremismus zunehmend wieder öffentlich. Über eintausend (!) Anschläge zählte das Bundeskriminalamt gegen Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland im Jahr 2015. Zumeist gesche-

hen diese nachts, und die Aufklärungsquote ist bisher gering. Konnten die Täter überführt werden, zeigten sich die Ermittler oft über- rascht. Nur in wenigen Fällen waren es die „üblichen Verdächtigen“, also diejenigen, die in rechtsextremen Gruppen bereits organisiert waren. Häufiger waren es Personen des kommunalen Umfeldes, die zwar rassistische Positionen vertraten, sich aber bis dahin rechtsextremen Organisationen nicht angeschlossen hatten.

Nahe liegend ist der Verdacht, dass sich die Täter, die Anschläge auf Flüchtlingsheime verüben und dabei Morde in Kauf nehmen, von der „Stimmung“ vor Ort und darüber hinaus ermutigt sehen. Von vielen ist bekannt, dass sie sich als vermeintliche „Vollstrecker des Volkswillens“ sehen. Sie meinen, ihr Handeln sei die radikale Ausführung dessen, was die Wähler der AfD sich nicht trauten. Diese Vorstellung muss nicht richtig sein, sie ist eine subjektive Interpretation, die die Gewalt legitimieren soll.

4. Was folgt daraus?

Die beiden Formen der rechten Mobilisierung müssen zusammengedacht und im Kontext der Demokratiekrise analysiert werden. Rechtsextremisten wie Rechtspopulisten stehen in Front zur Demokratie. Rechtsextremisten lehnen sie in Gänze ab, Rechtspopulisten sind da (noch) zurückhaltender, leben aber ebenfalls von der Distanz zu den etablierten Parteien und Medien. Beide eint die Annahme, dass die Demokratie in bestehender Form für die Gesellschaft gefährlich sei. Für eine Strategie der Auseinandersetzung hat dies wesentliche Konsequenzen.

Die doppelte Mobilisierung ist Ausdruck einer tiefreichenden Demokratiekrise und nicht nur Ergebnis einer akuten Mobilisierung. Ein reiner Kampf gegen die Mobilisierung im rechten Spektrum greift deshalb zu kurz, es geht vielmehr um ein „für“ mehr Demokratie und nicht nur ein „gegen“ die rechte Hetze. Eine Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen muss daher eine Strategie der selbstkritischen Demokratieentwicklung sein. Eine stabile Demokratie fußt auf drei Säulen: einem demokratischen Herrschaftssystem, einer Mehrheit von Menschen, die im Alltag

Demokratie leben und aktiven Bürgern, die sich in der Sphäre der Bürgergesellschaft für eine demokratische Ausgestaltung von Politik und Gesellschaft engagieren. An allen drei Säulen gilt es anzusetzen:

Die Grundlage des Herrschaftssystems ist bis heute das Grundgesetz; es hat sich bewährt wie keine deutsche Verfassung vorher. Trotzdem braucht es auch hier Anpassungen an Erfordernisse der Entwicklung. Dies betrifft Aspekte der Transparenz politischer Prozesse und Entscheidungen im Internetzeitalter genauso wie die Frage nach dem Erhalt einer kritischen Medienwelt angesichts der zunehmenden Krise z.B. auf dem Zeitungsmarkt (vgl. Habermas 2008). Auch müssen Anpassungen z.B. im System des Föderalismus angesichts der Bedeutung der Bildungspolitik genauso diskutiert werden wie der lauter werdende Ruf nach direktdemokratischen Ergänzungen zum repräsentativen System.

Mindestens genauso wichtig ist jedoch die selbstverständliche Daueraufgabe der Ermöglichung des Demokratie Lebens und Lernens von früh an. Zahlreiche Modellprojekte der Demokratieförderung in Schulen und Kitas wurden positiv bewertet und warten noch auf eine Übertragung in den Regelbetrieb. Der alte Leitsatz, dass die Schule Schule der Demokratie sein müsse, gilt heute noch wie früher. Nur kann Schule diesem Anspruch ohne Kooperationen mit Familien, der Vorbereitung in der Kita und der Unterstützung durch die örtliche Bürgergesellschaft kaum gerecht werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt wird die Modernisierung und Öffnung zentraler politischer Akteure wie z.B. der Parteien sein. Vor allem junge Leute engagieren sich heute eher zeitlich begrenzt und dafür projekt- und themenbezogen. Langfristige Bindungen noch dazu mit normativer Überhöhung wirken eher abschreckend. Wollen die Parteien nicht überaltern, werden sie diesen Trend in ihrer Angebotspalette stärker beachten und bedienen müssen.

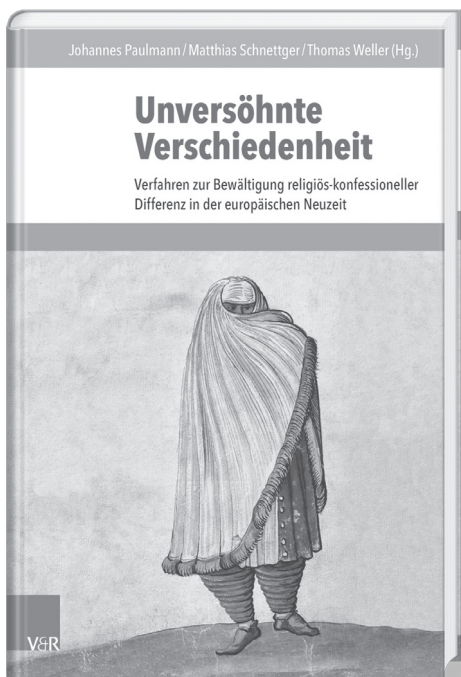
Grundsätzlich gilt bei allen Fragen der Demokratieentwicklung: Demokratie ist ein Prozess und eine Daueraufgabe. Der Blick in die europäische Nachbarschaft zeigt genauso wie der Blick in die deutsche Geschichte, dass die Demokratie immer fragil und nie endgültig ist. Eine glaubhafte Demokratieentwicklung zeigt sich dabei in einer Integrationspolitik ge-

genüber jenen, die sich nicht mehr gehört fühlen oder nie gehört wurden, die Angst haben oder sich abgehängt fühlen. Dabei geht es nicht darum, z.B. Rassisten nach dem Munde zu reden, sondern mit diesen Menschen face to face zu streiten und sie für demokratische Werte mit demokratischen Mitteln zu gewinnen. Diese Integrationspolitik muss trotz des gesellschaftlichen Trends zur Individualisierung die weitere Entfremdung der Milieus und Schichten verhindern. Vor allem aber müssen gesellschaftliche Konflikte offensiv benannt werden, ohne dabei den Hetzern Wind auf die Mühlen zu geben. Denn nur so können sie gelöst werden.

Literatur

- Betz, Tanja u.a. (Hrsg.) (2010): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten, Bonn
- Borstel, Dierk (2007): Heimat und Zukunft in Ueckermünde, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt, S. 197-206
- Borstel, Dierk (2011): „Braun gehört zu bunt dazu!“ Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommern, Münster
- Butterwegge, Christoph (2012): Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlöst und verdrängt wird, 3. Auflage, Frankfurt/New York
- Butterwegge, Christoph (2015): Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik, Frankfurt/New York
- Decker, Frank (2004): Der neue Rechtspopulismus, 2. Auflage, Opladen
- Habermas, Jürgen (2008): Medien, Märkte und Konsumenten – Die seriöse Presse als Rückgrat der politischen Öffentlichkeit, in: ders.: Ach, Europa, Frankfurt, S. 131-137
- Heitmeyer, Wilhelm u.a. (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismusstudie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher, Weinheim/München
- Heitmeyer, Wilhelm (2001): Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Loch, Dietmar/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt, S. 497-534
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002): Deutsche Zustände, Folge 1, Frankfurt
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2012): Deutsche Zustände, Folge 10, Frankfurt
- Häusler, Alexander (Hrsg.) (2016): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden
- Leif, Thomas (2010): angepasst und ausgebrannt. Die Parteien in der Nachwuchsfalle, München
- Lorenz, Robert/Micus, Matthias (2013): Von Beruf: Politiker. Bestandsaufnahme eines ungeliebten Stands, Freiburg
- Vorländer Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven (2016): PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden
- Walter, Franz (2010): Vom Milieu zum Parteienstaat. Lebenswelten, Leitfiguren und Politik im historischen Wandel, Wiesbaden
- Walter, Franz (2013): Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie, 2. Auflage, Frankfurt
- Wehler, Hans Ulrich (2013): Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München

Religiös-konfessionelle Auseinandersetzungen und ihre Bewältigungsstrategien



Johannes Paulmann / Matthias Schnettger / Thomas Weller (Hg.)

Unversöhnte Verschiedenheit

Verfahren zur Bewältigung religiös-konfessioneller Differenz in der europäischen Neuzeit

*Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte
Mainz - Beihefte / Abt. Abendländische Religionsgeschichte -
Abt. für Universalgeschichte, Band 108*

2016. 213 Seiten, gebunden

€ 65,- D / € 66,90 A

ISBN 978-3-525-10143-8

eBook: € 54,99 D / € 56,60 A

Die Bewältigung religiös-konfessioneller Konflikte und Differenzen gehörte zu den großen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen der europäischen Neuzeit. Angesichts der sich dabei ergebenden Spannungen, die häufig zu gewaltsamen Konflikten führten, bedurfte es politisch abgesicherter Verfahren der Konfliktlösung und der Differenzbewältigung. Die Autoren dieses Bandes stellen formelle und informelle Verfahren vor, die zur Befriedung eingesetzt wurden. Sie analysieren sie aus einer breiten europäischen Perspektive und eröffnen so auch Einsichten für die Gegenwart.



V&R Academic

Verlagsgruppe Vandenhoeck & Ruprecht | V&R unipress

www.v-r.de